

Anträge

Fachgebiet 32

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: AN/0342/2018/1

Vorlage für die Sitzung			
Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr	Entscheidung	27.11.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Verlängerung des Haltverbots in der Martinstraße**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:

-

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
Mittel in Höhe von ca. 800 € sind vorhanden

1. Beschlussvorschlag:

Ein Halteverbot wird nicht eingerichtet. Vor den Eingangsbereichen mit Treppen, die in den Gehweg ragen, werden Poller errichtet.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Mit Antrag vom 20.05.2018, beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Haltverbot in der Martinstraße, Fahrtrichtung stadtauswärts, von der Fußgängerampel Turmstraße / Wälle bis zum Ende der Häuserfront / Einmündung Weiherstraße zu verlängern.

Zur Begründung sind die erhebliche Behinderung der Fußgänger sowie die Reduzierung der Sicherheit der Bewohner insbesondere im Brandfall durch halb auf dem Gehweg parkende Fahrzeuge angeführt. Die Angelegenheit wurde im Verkehrstermin im Oktober erörtert.

Ein ähnlich lautender Antrag wurde bereits 2016 im Ausschuss beraten. Die damalige Vorlage und der Antrag sind als Anlage beigefügt. An der Sach- und Rechtslage hat sich seit dem nichts geändert.

Eine Behinderung der Feuerwehr ist nicht anzunehmen. Würde man diese annehmen, dürfte vor Häusern grundsätzlich nicht mehr geparkt werden. Durch das Herausstellen der Müllbehälter kommt es auf fast allen Straßen zu Beeinträchtigungen der Gehwege.

Im Verkehrstermin hat die Polizei dazu geraten, die parkenden Fahrzeuge dort auch im Hinblick auf die verkehrsberuhigende Wirkung zu akzeptieren. Zur Verbesserung der Situation für die Fußgänger wurde vorgeschlagen, in den Bereichen, in denen durch Treppen der Häuser die Gehwegbreite eingeschränkt

ist, durch jeweils 2 Poller das Parken zu unterbinden.

Rheinbach, den 8.11.2018

gez.
Stefan Raetz
Bürgermeister

gez. im Auftrag
Kurt Strang
Fachgebietsleiter

Anlagen: Antrag vom 20. Mai 2018
Vorlage vom 19.1.2016
Antrag vom 27.8.2015